



Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt (RELE 2014-2020),
Teil D Dorferneuerung und -entwicklung, Förderprogramm (FP)
Dorfentwicklung, FP 6309 und ländliche touristische Infrastruktur, FP 6311

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Empfänger (zuständige Behörde)

--

Posteingangsstempel
Anzahl Anlagen
Eingang im PEB registriert
<input type="checkbox"/> 500 (Antrag) <input type="checkbox"/> 511 (Änderungsantrag)

Antragsteller/in

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig)
Name, Vorname
Betriebsbezeichnung
Ort

Antragstellerstammdaten

Der Stammdatenbogen ist im Kalenderjahr nur einmalig **mit dem ersten Antrag** für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER einzureichen.

- Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigegefügt.
- Ich/Wir habe/n den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits eingereicht.
- Ich/Wir reiche/n den Stammdatenbogen nach.

1. Antrag auf Projektförderung

1.1 Adresse des Antragstellers/der Antragstellerin¹⁾

Straße, Hausnummer		
Postleitzahl	Ort	Landkreis
Telefon privat oder		Telefon dienstlich
E-Mail		Telefax
Fachlicher Ansprechpartner für diesen Antrag ²⁾		Telefon
E-Mail		Telefax

1.2 Auswahl Förderprogramm

Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für die Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung, Förderprogramm (FP)

- Dorfentwicklung (FP 6309) ländliche touristische Infrastruktur (FP 6311)

¹⁾ Rechtsverbindlich sind nur die Angaben im aktuellen Stammdatenbogen.

²⁾ Verbindliche Erklärungen abgeben darf nur der im Stammdatenbogen benannte Vertretungsberechtigte (oder Vollmachtnehmer).

2. Angaben zum Vorhaben

Kurzbezeichnung des Vorhabens

--

Das Vorhaben dient der Umsetzung

- einer lokalen Entwicklungsstrategie nach LEADER (LES) und steht auf der Prioritätenliste der LAG.
- eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) *(Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle beifügen).*
- eines integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes (IGEK) *(Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle beifügen, wenn Zuschlag auf den Fördersatz gewährt werden soll).*
- einer Dorfentwicklungsplanung.
- eines touristischen Konzeptes *(nur FP 6311, Erklärung des Tourismusverbandes beifügen).*
- eines anderen integrierten Konzeptes.

Bezeichnung des anderen Konzeptes

--

2.1 Investitionsort

Identisch mit Anschrift

nein ja *(weitere Angaben zum Investitionsort können entfallen)*

Straße, Hausnummer

Postleitzahl

Ort

ggf. Beschreibung

2.2 geplanter Durchführungszeitraum

von (Monat/Jahr)

bis (Monat/Jahr)

2.3 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, was soll wie gemacht werden, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)

--

2.4 Angaben zum Objekt an oder in dem das Vorhaben durchgeführt werden soll

Das Objekt

- ist eine öffentliche Straße/Fläche, die im Bestandsverzeichnis der Gemeinde (§ 4 StrG LSA) geführt wird.
- steht unter Denkmalschutz.
(Die Genehmigung des Vorhabens durch die Denkmalschutzbehörde ist einzureichen.)
- ist mein/unser Hauptwohnsitz oder soll es innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss des Vorhabens werden.
- ist seit Monaten leerstehend oder von einem Leerstand bedroht.
- gehört zum Betriebsvermögen eines land- und forstwirtschaftlichen Unternehmens.
- gehört zum Betriebsvermögen eines Unternehmens.
- wird nach Abschluss des unter Nr. 2.3 beschriebenen Vorhabens zur Erzielung von Einnahmen genutzt.
(Wenn zutreffend, machen Sie bitte Angaben über die Nutzung und Art der Einnahmen.)

--

2.5 Vorherige Förderungen des Objektes

Das unter Nr. 2 genannte Objekt wurde in den vergangenen 12 Jahren gefördert.

- nein ja, gefördert ja, die Zweckbindungsfrist besteht noch

Wenn ja:

Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Bewilligungsbehörde	Aktenzeichen
Was wurde wie gefördert?	Dauer der Zweckbindung

2.6 Einhaltung Zweckbindungsfrist für das beantragte Vorhaben

- Veränderungen am geförderten Objekt sind nicht geplant.
- Ich/Wir beabsichtigen innerhalb der Zweckbindungsfrist von 12 Jahren
- den Verkauf des unter Nr. 2 genannten Objektes.
 - eine Änderung der bisherigen Nutzung.
 - weitere Investitionen, die den Verwendungszweck beeinträchtigen können.
(z. B. Errichtung einer Photovoltaikanlage bei beantragter Förderung Dach- oder Fassadensanierung)

Informationen über das/die geplante/n Vorhaben:

--

2.7 Andere Förderungen

Für das beantragte Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt.

nein ja, beantragt ja, erhalten

Wenn ja:

		Andere öffentliche Förderung a) Datum und b) Betrag in Euro		
a) Bewilligungsbehörde b) Aktenzeichen	beantragte Zuwendung aber nicht entschieden	bewilligte Zuwendung	ausgezahlte Zuwendung	
a)				
b)	€	€	€	
a)				
b)	€	€	€	

2.8 Zusammenhang mit anderen Vorhaben

Das Vorhaben ist mit anderen Vorhaben, für die eine öffentliche Förderung gewährt werden kann, gekoppelt (z. B. Verlegung von Wasser-, Abwasser-, sonst. Leitungen oder Straßenbau).

nein ja, beantragt ja, Abstimmung der gekoppelten Vorhaben ist erfolgt

Wenn ja:

		Förderung in Euro/Jahr	
a) Bewilligungsbehörde b) Aktenzeichen	beantragt aber nicht entschieden	bewilligt	
a)			
b)	€	€	
a)			
b)	€	€	

Träger des Vorhabens:

Informationen über den Stand der Abstimmung (z. B. Verträge abgeschlossen):

3. Finanzierungsplan

3.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Art	Euro
Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (<i>Netto</i>)	
Umsatzsteuer	+
Gesamtausgaben (<i>Brutto</i>)	

3.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.³⁾

nein ja

Wenn ja:

Die für die Eingangsleistungen⁴⁾ des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir ganz oder teilweise nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen oder ich/wir verwende/n die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n.

⇒ Die Umsatzsteuer kann in diesem Fall nicht berücksichtigt werden!

Die für die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nicht, auch nicht teilweise, nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen und ich/wir verwende/n die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens auch nicht in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n.

⇒ Die Umsatzsteuer wird als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt, wenn die Finanzverwaltung die Angaben bestätigt!

Hinweis

Zusätzlich ist das Formular „Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt zu übersenden. Die Bescheinigung des Finanzamtes ist mit dem letzten Zahlungsantrag vorzulegen.

3.3 Finanzierung

		Euro	Euro
I. Gesamtausgaben (laut 3.1 Brutto)			
II. nicht zuwendungsfähige Ausgaben ⁵⁾			-
III. Fremdmittel ^{6,7)}	a) Leistungen Dritter/Spenden		
	b) andere öffentliche Zuschüsse ⁸⁾		
	Fremdmittel gesamt		-
IV. Zwischensumme zuwendungsfähige Gesamtausgaben (= I. - II. - III.)			=
V. Eigenmittel <i>(auf zuwendungsfähige Gesamtausgaben)</i>	Bare Eigenmittel, Kredite		
	anrechenbare private Spenden/Leistungen Dritter ^{6,7,9)}		
	Unbare Eigenleistungen ¹⁰⁾		
	Eigenmittel gesamt		-
VI. Beantragte Zuwendung	Betrag		

³⁾ Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn unter Nr. 3.2 „ja“ angekreuzt ist und der Antragsteller weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

⁴⁾ Eingangsleistungen sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

⁵⁾ Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben gemäß RELE 2014-2020, Teil D Nr. 2.3. Fußnote 3 beachten.

⁶⁾ Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe Fußnote 9.

⁷⁾ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen.

⁸⁾ z.B. Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

⁹⁾ Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder

b) bei Zuwendungen ohne GAK Kofinanzierung von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen.

¹⁰⁾ Unbare Eigenleistungen sind nicht zuwendungsfähig.

4. Unbare Eigenleistungen

Im Rahmen der Umsetzung des Vorhabens sollen nicht zuwendungsfähige unbare Eigenleistungen erbracht werden.

nein ja

Wenn ja, welche:

--

5. Weitere Angaben

Für die Berücksichtigung bei der Antragsauswahl sind die entsprechenden Angaben u. U. auch in der Anlage „Erklärung des Antragstellers (Vordruck 613 002) für die Projektauswahl mittels Auswahlkriterien“ für das jeweilige FP zu machen!

5.1 Angaben zu den Auswirkungen der Investition auf die Arbeitsplätze im Unternehmen

Anzahl der durch die Investition gesicherten Vollarbeitsplätze _____

Anzahl der Vollarbeitsplätze vor Investitionsbeginn _____

Anzahl der geplanten zusätzlichen Dauerarbeitsplätze _____

Einzutragen ist die Anzahl der Vollarbeitsplätze bei der Förderung von Betrieben bzw. Einrichtungen oder Projekten, die direkt Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern.

Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze von Arbeitnehmern, die von vornherein auf Dauer angelegt sind. Zusätzlich, das bedeutet die Anzahl der Dauerarbeitsplätze im Unternehmen wird langfristig (mindestens 5 Jahre) erhöht. Für die Überwachungszeit von 5 Jahren müssen die Arbeitsplätze tatsächlich besetzt oder zumindest auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden.

Nicht berücksichtigt werden Arbeitsplätze, Teilzeitarbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen sowie kurzfristige und befristete Arbeitsverhältnisse. Bei Vollzeitarbeitsplätzen handelt es sich um „Erwerbstätige in Vollzeitbeschäftigten-Einheiten“. Unabhängig von den konkreten Arbeitszeitfestlegungen erhalten Vollzeit-Beschäftigte das Norm-Gewicht 1,0 und Halbtags-Beschäftigte das Gewicht 0,5. Saisonal Beschäftigte müssen auf das Jahr umgerechnet werden. Mini-Jobber werden mit einem Gewicht von 0,3 berücksichtigt.

5.2 Angaben zum Antragsteller

Ich/Wir bin/sind für das unter Nr. 2.1 genannte Objekt

- Eigentümer/in Erbbauberechtigte/r
 Träger/in der Baulast Inhaber/in eines dinglich abgesicherten Nutzungsrechts
 Nutzungsberechtigte/r mit langfristigem Nutzungsvertrag

Ich/Wir bin/sind

- eine junge Familie i. S. Auswahlkriterium 11, FP 6309 und beantragen eine Erhöhung des Höchstbetrages
 Zuwanderer/in oder Rückkehrer/in i. S. Auswahlkriterium 11, FP 6309
 ein/e Unternehmen/r/in

Ich/Wir bin/sind eine juristische Person

- des privaten Rechts des öffentlichen Rechts
 mit eigener Rechtspersönlichkeit die gemeinnützige Zwecke verfolgt

Branche	Tätigkeitsfeld

Wir als antragstellendes Unternehmen sind ein **Unternehmen in Schwierigkeiten** im Sinne der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ vom 31. Juli 2014 (ABl. EU 2014/C 249/01).

nein ja

Wenn ja, ist eine Förderung nicht zulässig.

Wenn nein, ist durch das Unternehmen der für das Vorhaben erforderliche Eigenanteil nachzuweisen. Zum Nachweis sind dem Antrag geeignete Unterlagen (Kontoauszüge, Kreditbereitschaftserklärungen und dgl.) als Anlage beizufügen.

Ich/Wir habe/n eine geschäftsmäßig betriebene Internetseite (mit Impressum)

nein

ja

5.3 Erfassung Indikatoren

- Das Vorhaben betrifft land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz.
- Das Vorhaben betrifft eine dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtung.
- Durch das Vorhaben (*nur FP 6311*) werden zusätzliche Touristen (*Tagesgäste/ Übernachtungsgäste*) erwartet.

5.4 Einhaltung gesetzlicher Vorschriften

Das unter Nr. 2.3 beschriebene Vorhaben

- ist anzeigefrei und genehmigungsfrei.
- ist anzeigepflichtig.
- bedarf einer oder mehrerer Genehmigung/en.
- Das Vorhaben wurde bei der/den zuständigen Fachbehörde/n angezeigt.
- Alle erforderlichen Genehmigungen wurden beantragt bzw. erteilt.
(Kopie der Genehmigung/en als Anlage beifügen.)

Das Vorhaben wurde bei folgender/n Fachbehörde/n angezeigt:

Die Genehmigung des Vorhabens wurde bei/von folgender/n Fachbehörde/n beantragt/erteilt:

- Von dem unter Nr. 2.3 beschriebenen Vorhaben sind **keine** negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.
- Von dem unter Nr. 2.3 beschriebenen Vorhaben **sind** Umweltbeeinträchtigungen zu erwarten.

Sofern von dem Vorhaben Umweltbeeinträchtigungen ausgehen (auch geringe) ist eine ausführliche Darstellung von Art und Umfang der Beeinträchtigung erforderlich:

6. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt:

- Stammdatenbogen
- Ergänzende ausführliche Maßnahmebeschreibung ggf. mit Stellungnahme des Betreuers/Architekten/Ingenieurs *(alle Antragsteller, wenn 2.3 nicht ausreichend oder wenn zutreffend)*
- Anlage zum Antrag - Auswahlkriterien Dorfentwicklung *(alle Antragsteller FP 6309) - Vordruck 613 002*
- Anlage zum Antrag - Auswahlkriterien touristische Infrastruktur *(alle Antragsteller FP 6311) - Vordruck 613 004*
- Anlage zum Antrag - Stellungnahme der Gemeinde *(alle Antragsteller) - Vordruck 614 003*
- Anlage zum Antrag - Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle *(sofern zutreffend) - Vordruck 613 005*
- kommunalaufsichtliche Stellungnahme *(Gemeinde, sofern zutreffend)*
- Stellungnahme des Kreiskirchenamtes *(sofern zutreffend)*
- Aktuelle Pläne oder Strategien über die Entwicklung der Gemeinde/Ortes *(Gemeinde, sofern zutreffend)*
- Kopie des Betreuungsvertrages und der Honorarangebote *(Gemeinde, sofern zutreffend)*
- Drei Kostenvoranschläge bzw. die Kostenschätzungen des Betreuers/Architekten/Ingenieurs nach DIN 276 *(sofern zutreffend)*
- Kostenaufstellung bei Aufteilung der Gesamtkosten auf mehrere Jahre oder mehrere Gewerke *(sofern zutreffend)*
- Drei Angebote für Ingenieurleistung *(private Antragsteller, sofern zutreffend)*
- Nachweis Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit *(sofern zutreffend)*
- Nutzungskonzept mit Folgekostenabschätzung *(sofern zutreffend)*
- Ortsplan/Lageplan mit Kennzeichnung des zu fördernden Objektes *(alle Antragsteller)*
- Skizzen, Zeichnungen und/oder Gestaltungskonzepte z. B. Fenster, Türen u. ä. *(sofern zutreffend)*
- Aktuelle Fotos des Gebäudes bzw. der baulichen Anlage zur Beurteilung des Vorhabens *(sofern zutreffend)*
- Nutzungsnachweis und Zustimmung des Eigentümers, wenn Eigentümer und Antragsteller nicht identisch *(sofern zutreffend)*
- Kopien der Bescheide oder Fördermittelzusagen von Dritten *(sofern zutreffend)*
- Mitteilung über in den letzten drei Steuerjahren erhaltene De-minimis Beihilfen *(sofern zutreffend bei Beihilferelevanz)*
- Nachweis über die Angemessenheit des Kaufpreises beim Erwerb bebauter Grundstücke *(Gemeinde, sofern zutreffend)*
- Aktuelle Satzung und aktueller Nachweis der Gemeinnützigkeit *(Vereine und Gesellschaften)*
- Kopie der Geburtsurkunde für Kinder unter 16 Jahre und Nachweis über den Erhalt von Kindergeld *(sofern zutreffend bei Erhöhung Höchstbetrag oder Berücksichtigung bei Auswahlkriterien)*
- Meldebescheinigung als Nachweis über den Hauptwohnsitz, junge Familie, Zuwanderer, Rückkehrer *(sofern zutreffend bei Erhöhung Höchstbetrag oder Berücksichtigung bei Auswahlkriterien)*

_____ _____

_____ _____

7. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen, unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

Ich/Wir erkläre/n dass,

- **die Gesamtfinanzierung gesichert ist,**
- **mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde** und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten),
- der Inhalt der Richtlinie/n RELE 2014-2020 in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt ist,
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER-Förderprojekten bekannt ist,
- die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Genehmigungen vorliegen bzw. beantragt werden und eventuelle Nebenbestimmungen beachtet werden,
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag einschließlich dem Stammdatenbogen und in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Tatsachen/Angaben und Erklärungen, von denen die Gewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ich/wir nach § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. LSA S. 724) i. V. m. § 2 Abs. 1 des SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034) verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle **unverzüglich** alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann.

Ort, Datum

Name der/s Antragsteller/s /Vertretungs-
berechtigten in Druckschrift

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten